

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

### **Kürzungen zurücknehmen, die Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen – sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig!**

Der Landtag stellt fest:

Die Landwirtschaft in Brandenburg spielt eine zentrale Rolle bei der Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, bei der Wertschöpfung und Beschäftigung im ländlichen Raum, bei der Erzeugung regenerativer Energie, beim Erhalt der Kulturlandschaft und für das Leben in den Dörfern. Die Landwirtschaft arbeitet seit einer Reihe von Jahren unter erschwerten Bedingungen sowohl bezüglich der witterungsbedingten Auswirkungen des Klimawandels als auch hinsichtlich neuer gesellschaftlicher Anforderungen und politischer Rahmenbedingungen.

Der Landtag drückt den Landwirtinnen und Landwirten in Brandenburg seine Wertschätzung für ihre Arbeit aus. Er vertritt die Auffassung, dass die gesellschaftlich gewünschte Transformation der Landwirtschaft nur mit den Landwirtinnen und Landwirten gemeinsam gestaltet werden kann und der öffentlichen Unterstützung bedarf. Landwirtschaftsbetriebe sind Unternehmen, die wirtschaftlich erfolgreich sein müssen. Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl können nicht einseitig den Betrieben aufgebürdet werden.

Vor diesem Hintergrund war die Ankündigung der Bundesregierung im Dezember 2023, die Agrardiesel-Beihilfen sowie die Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge abzuschaffen, ein Fehler. Dies würde eine erhebliche zusätzliche Belastung für die Landwirtschaftsbetriebe bedeuten. Aus diesem Grund äußert der Landtag Verständnis für die friedlichen und demokratischen Protestaktionen des Berufsstandes gegen diese Kürzungen.

Für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft bedarf es abgestimmter Konzepte, die sowohl die Gemeinwohlbelange als auch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Landwirtschaftsbetriebe berücksichtigen und die konsequent umgesetzt werden müssen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung für eine vollständige Rücknahme der weiterhin beabsichtigten Streichung der Agrardiesel-Beihilfen einzusetzen und im Bundesrat entsprechend zu handeln.
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die von der Zukunftskommission Landwirtschaft und vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) gemeinsam mit dem Berufsstand erarbeiteten Vorschläge konsequent umgesetzt werden.

3. die von der Landesregierung angekündigten beziehungsweise vom Landtag beauftragten Konzepte wie Düngestrategie, Ackerbaustrategie, Nutztierstrategie, Bioökonomiestrategie sowie die Entbürokratisierung der Agrarförderung zeitnah zum Abschluss zu bringen. Die Konzepte müssen in Abstimmung mit dem Berufsstand entstehen und sowohl gesellschaftliche Anforderungen wie Ressourcenschutz, Tierwohl, regionale Wertschöpfung als auch die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten für die Betriebe berücksichtigen. Sie sind mit konkreten Maßnahmen und Finanzierungskonzepten für die Umsetzung zu untersetzen.

4. vor dem Hintergrund steigender Pacht- und Kaufpreise für Ackerland und zur Stärkung der ortsansässigen Landwirtschaft kurzfristig einen Entwurf für ein Agrarstrukturgesetz in den Landtag einzubringen.

5. kurzfristig einen Brandenburger Agrargipfel einzuberufen, um mit den Akteuren aus dem Berufsstand, der Wissenschaft und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft die Lage der Landwirtschaft zu erörtern, wichtige Probleme zu identifizieren und notwendige Maßnahmen zur weiteren nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und zu Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen abzuleiten.

#### Begründung:

Die aktuellen Protestaktionen von Landwirtinnen und Landwirten entzündeten sich an den Entscheidungen der Bundesregierung zum Agrardiesel und zur Kfz-Besteuerung, sind aber letztlich Ausdruck einer immer weiter steigenden Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren. Zunehmende Dürreperioden und Hochwasser als Folge des Klimawandels beeinträchtigen die Ernteergebnisse, infolge diverser Krisen steigen Energie- und Betriebsmittelkosten, berechnete gesellschaftliche Interessen zur Verbesserung des Ressourcenschutzes, des Tierwohls und der biologischen Vielfalt werden vielfach zu Lasten der Betriebe geregelt. Aufgrund des ruinösen Wettbewerbs am Weltmarkt und der Marktmacht der Lebensmittelkonzerne können Landwirtschaftsbetriebe ihre Kosten nicht an ihre Abnehmerinnen und Abnehmer weiterreichen. Die Belastungsgrenze der Landwirtschaft ist erreicht oder überschritten. Insofern bedarf es nicht nur der Rücknahme der aktuellen Kürzungsabsichten, sondern die Transformation der Landwirtschaft in eine nachhaltige, das heißt sozial gerechte, ökologisch verträgliche und wirtschaftlich gesicherte Zukunft muss vorangebracht werden. Auf Bundesebene wurden dazu konkrete Konzepte erarbeitet, die aber von der Bundesregierung nicht umgesetzt werden.

Auch in Brandenburg sind zahlreiche Vorhaben, die die Landwirtschaft in eine nachhaltige Zukunft führen sollen, stecken geblieben. Düngestrategie, Ackerbaustrategie, Nutztierstrategie, Bioökonomiestrategie wurden angekündigt, sind aber teilweise seit Jahren überfällig. Dasselbe gilt für das Agrarstrukturgesetz und für das Vorhaben, die Agrarförderung weniger bürokratisch zu gestalten. Diese Vorhaben sind wichtig und müssen endlich zum Abschluss gebracht werden. Dabei darf es jedoch nicht dazu kommen, dass lediglich immer neue Anforderungen an die Landwirtschaft formuliert werden, sondern es muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Maßnahmen von vorne herein mit berücksichtigt werden. Es muss der von der Zukunftskommission Landwirtschaft formulierte Grundsatz gelten: „Das Agrar- und Ernährungssystem muss so angelegt sein, dass die Steigerung der positiven Wirkungen und die Vermeidung schädlicher Effekte auf Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und menschliche Gesundheit im unternehmerischen Interesse der landwirtschaftlichen Produzent:innen

liegen können.“ Und es darf nicht bei Strategien auf dem Papier bleiben, sondern die finanziellen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen zur Umsetzung müssen geschaffen werden.

Der vorgeschlagene Agrargipfel soll den Auftakt für einen notwendigen verbändeübergreifenden Dialog über die Entwicklung der Landwirtschaft darstellen.